

**Redaktion Politik + Markt
Verlagsbereich Altenhilfe
Verlagshaus Vincentz Network GmbH und Co. KG
Dr. Holger Jenrich
Plathnerstr. 4c
30175 Hannover**

1) Eine Expertenkommission hat im Sommer 2013 den Abschlussbericht zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorgelegt. Wollen Sie im Falle einer Regierungsarbeit das darin enthaltene Konzept zügig umsetzen oder haben Sie andere Pläne?

2009 hat ein Sonderausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Gohde ein umfangreiches Papier erarbeitet und nicht umgesetzt. Dessen Forderungen haben nichts an Aktualität verloren und sind weitgehender als die Ideen der Daniel Bahr Expertenkommission 2013. Wir sind daran interessiert, den Begriff der Pflegebedürftigkeit zügig so weiter zu entwickeln, dass er der pflegerischen Realität gerecht wird.

2) Die Branchen klagt seit Jahren über Fachkräftemangel in der Altenpflege. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um diesem Notstand zu begegnen?

Um den Beruf der Pflege im allgemeinen wieder in seiner Attraktivität zu steigern, bedarf es vieler Schritte:

- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Patientensicherheit. Wir fordern einen Mindestpersonalschlüssel, der Pflegende und Pflegebedürftige in ihren Bedürftigkeiten unterstützt und schützt.
- Eine bessere Bezahlung und mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer auch bei kirchlichen Pflegeeinrichtungen
- Akademische Weiterentwicklung und Studienangebote

Abschließend sehen wir die berufliche Pflege als wesentliches Standbein des Gesundheitswesens und des Pflegesektors. Dieses muss weiterentwickelt, geschützt und gefördert werden.

3) Die derzeitige Regierungskoalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung fest verankert, die drei Pflegeberufe zusammenzuführen und eine generalistische Pflegeausbildung einzuführen. Viele Berufs- und Trägerverbände aus der Altenpflege lehnen dies ab. Hält Ihre Partei im Falle einer Regierungsteilnahme an der generalistischen Ausbildung fest oder verfolgen Sie andere Pläne?

Der Deutsche Berufsverband Pflege (DBFK) setzt sich für die generalistische Ausbildung ein. Große Teile der akademischen Pflegewelt (Pflegewissenschaften und Pädagogik), unterstützen diese Pläne. Der derzeitige Diskussionsstand in der Piratenpartei zeigt, dass diese Idee nur zum Teil unterstützt wird.

Es ist wünschenswert, ähnlich wie in der Differenzierung zwischen der Gesundheits-/Krankenpflege und der Gesundheits-/Kinderkrankenpflege, ein Vertiefungsjahr zur Altenpflege zu etablieren. Auch dies ist nur ein Diskussionsstand.

4) Seit Einführung der Pflegetransparenzvereinbarung im Jahr 2009 steht der so genannte Pflege-TÜV mit den jährlichen Qualitätsprüfungen und der Vergabe von Schulnoten in der Kritik. Bleibt Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung diesem System treu? Und welche Rolle soll der MDK als Prüfinstanz zukünftig spielen?

Der Pflege-TÜV verfehlt seine eigentliche Bestimmung und bewertet an Hand nichts aussagender struktureller Vorgaben die Qualität von Heimen. Die bisherigen und neu vorgeschlagenen Kriterien beziehen sich kaum auf Erkenntnisse der Pflegewissenschaften und verfehlten damit das Ziel der Qualitätseinstufung von Heimen. Bisher ist es allein ein Marketing Gag, ohne maßgebliche Relevanz für die Patienten.

Dass es eine unangemeldete Prüfung geben muss ist unbestritten, es bedarf aber einer gernellen Überholung der bisherigen Praxis und Prüfverfahren. MDK, Heimaufsicht und andere Organisationen der Zertifizierung arbeiten parallel an verschiedenen Fronten. Dringend notwendig ist eine Vereinheitlichung der Prüfkataloge und Zusammenfassung auf eine Instanz. Weiter müssen die Prüfkriterien durch pflegewissenschaftliche Erkenntnisse identifiziert und geprüft werden.

5) Die Altenpflege ist ein körperlich anstrengender Beruf. Viele Beschäftigte erreichen schon heute nicht das gesetzliche Renteneintrittsalter. Nun wurde über alle Berufe hinweg die Rente mit 67 eingeführt. Soll es für bestimmte, besonders belastende Berufe, wie etwa die Altenpflege, Ausnahmeregelungen geben? Falls ja, wie könnten diese aussehen?

Zwar haben wir dazu keinen konkreten Beschluss, aber den Renteneintritt mit 67 lehnen wir prinzipiell ab, da er faktisch nur eine Senkung des Rentenniveaus durch die Hintertür ist. Unser Ziel ist, dass jeder Rentner eine Mindestrente bekommt, welche die sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

6) In der Altenpflege fehlt es an Geld. Plant Ihre Partei, die Finanzausstattung des Pflegesystems zu verbessern? Falls ja, welche Maßnahmen wollen Sie konkret ergreifen?

Die Piratenpartei ist sich sicher, dass die Altenpflege unterfinanziert ist. Wie dies verändert werden kann, ist aus Sicht unserer Partei derzeit noch nicht geklärt.